

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.

Preis pro Exemplar durch
die Post bezogen 1.-
eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Auszugpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Bauhöflichen Anzeigen die
Sogenannte Kolonie-Seite
50,-
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.
Druck von E. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover.

Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Die Zunahme der ungelernten Arbeiter.

Schon seit dem Einsetzen des wirtschaftlichen Überganges vom Handwerksbetrieb zur Maschinenarbeit ist auf dem Arbeitsmarkt das Angebot an ungelernten Arbeitern ein weit größeres als das der gelernten Arbeiter. Durch das allmähliche Verschwinden der kleinen Handwerksmeister hat die Berufsschule für die Arbeiterklasse an Wert immer mehr verloren. In früheren Jahren sorgte der Lehrherr neben der Berufsausbildung auch für die Belastigung, Kleidung und Wohnung seiner Lehrlinge. Heute zahlt er nur eine Entschädigung an die Eltern. Diese ist aber meist so gering, daß es dem größten Teil der Arbeitereltern unmöglich ist, ihre Kinder auf drei bis vier Jahre in die Lehre zu geben. Deshalb strömen bei jeder Schulentlassung weit größere Massen von jugendlichen Arbeitern der ungelernten als der gelernten Arbeit zu. Über auch die gelernten Arbeiter stellen eine erhebliche Zahl von Überläufern zur ungelernten Arbeit. Sei es, daß sie in ihrem erlernten Berufe Schiffbruch leiden, wodurch sie genötigt sind, zu einer ihnen besser zusagenden Beschäftigung überzugehen, oder daß ihnen zufällig eine lohnendere Beschäftigung als ungelernter Arbeiter geboten wird. Das nicht zuletzt auch der Zustrom an fremden Arbeitern — vor dem Kriege — zum größten Teil aus ungelernten Arbeitern bestand, ist eine feststehende Tatsache.

Durch die Stilllegung zahlreicher gelernter Berufe, die weitere Abnahme der Berufsschule und die enorme Zunahme der Frauenarbeit während des Krieges ist nun das Heer der ungelernten Arbeiter erneut und besonders stark emporgeschossen. Im Hinblick auf diese ständige Zunahme der Ungelernten streift Detlef Breiholz in der „Hilfe“ vom 13. April d. J. u. a.:

„Die beiden großen Magneten der ungelernten Arbeit sind bekannt: der hohe Verdienst, der zugleich einzeigt, und die Ungebundenheit in der Leistungsfähigkeit. — Wir stehen in der Tat vor einer Gefahr, gegen die keiner die Augen verschließen darf, denn das Wohl unsres Volkes am Herzen liegt. — Dem ungelernten Arbeiter, eine Bezeichnung, gegen die das bessere Sprachempfinden sich vergeblich auflehnt, bezahlt man nur die rohe Körperfähigkeit und etwas natürliche Frische und Geschicklichkeit. — Vielchach widerstehen. Ungelernte auch viel schwerer den mancherlei Verlockungen, die sie auf abschüssige Bahnen bringen. — Eine große Zahl Ungelernter bedeutet geradezu eine Gefahr für unser Volk und zugleich einen Verlust an Vollstrafe und völkischer Leistungsfähigkeit.“

Im Gegenatz hierzu weiß Breiholz über die Berufsschule nur von Vorzügen zu berichten. Er schreibt:

„Jeder Zuwachs an gelernten Arbeitern bedeutet einen Gewinn an Vollstrafe und Volkszunft. — Es mängelt dabei die eigene Kraft und das Selbstvertrauen. — Berufserziehung ist allgemeine Menschenreicherzung. — Dem Staat jagen wir dadurch nicht nur tüchtige Bürger, sondern wir dienen seiner ganzen wirtschaftlichen und kulturellen Machtentfaltung.“

Dass in der Fortschreibung der zitierten Ausführungen auch der Hinweis auf die Selbstständigmachung der gelernten Arbeiter nicht fehlt, nimmt weiter nicht wunder, erhebt aber in unsrer modernen Zeit des Dampfes und der Elektrizität jeder reale Grundlage. Aus diesen Ausführungen spricht noch ganz der zünftlerische Geist längst verflossener Zeiten. Woraus die Zunahme der Ungelernten hauptsächlich beruht, haben wir bereits auseinandergezeigt. Durch ethische Gefühlsäußerungen lässt sich die weitere Zunahme nicht verhindern. Im übrigen erfordert die immer weiter fortstreichende Teilung im Arbeitsprozeß auch eine immer größere Zahl an ungelernten Arbeitern. Der Verlust an völkischer Kraft und Leistungsfähigkeit ist das Resultat der schlechten materiellen Grundlage, der ganz übermäßig ausgedehnten Arbeitszeit und des Schwitzsystems für die Arbeiter. Von diesem Mißstande werden aber keineswegs nur die ungelernten, sondern auch die gelernten Arbeiter — und diese oftmals noch weit mehr als die ersten — betroffen. Die Berufsschule vermag schon wegen der geringen Entschädigung, die der Lehrherr zahlt, einen wesentlichen Einfluss auf die Erfüllung des Volkganzen nicht auszuüben. Die verkürzte Arbeitszeit, eine durchgreifende Wohnungsfürsorge, Mutter- und Kinderschutz und eine ausreichende Entlohnung aller Arbeiter fördern die Erfüllung des Volkganzen. „Gelernte“ und „ungelernte“ Arbeiter besitzen aber heute durch ihren Zusammenschluß in wirtschaftliche Organisationen eine ganz andere Machtkonzentration als zur Zeit des Krieges, die es ihnen ermöglicht, sich eine höhere Lebenslage eventuell zu erkämpfen. Auch die Überzeugung der Arbeiter von der gemeinsamen Interessenssolidarität der Gelernten und Ungelernten würde durch die Kriegslehrer gestärkt worden sein.

Durch das Zurückfließen der Massen vom Kriegsschauplatz wird über das Angebot an ungelernten Arbeitern erst vollständig in solchem Maße zunehmen, daß die zu erwartende Arbeitslosigkeit jede bisher dagegeneweihte weit in den Schatten stellt. Soll doch kaum darauf zu rechnen, daß behördlicherseits auch nur die Frauenarbeit auf ihren Friedensstand wieder zurückgeführt werden wird. Dringende Pflicht des Reiches ist es deshalb, den arbeitslosen Vaterlandsverteidigern durch Einführung einer großzügigen Reichs-Arbeitslosenversicherung hilfreich entgegen zu kommen. Die ungelernten Arbeiter tun über gut daran, wenn sie unverzüglich und restlos ihren wirtschaftlichen Kampforganisationen beitreten und diese begeben in die Lage versetzen, daß sie allen Ereignissen in der kommenden Friedenszeit finanziell gerüstet erhalten können.

Werden doch schon jetzt Unternehmensstimmen laut, die sich für einekürzung der Arbeitslohnrate nach dem Kriege aussprechen. Sind die Hemmnisse, die der Kriegsfriede den Gewerkschaften auf ihrem ur-eigensten Gebiete: dem der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder, auferlegt hat, wieder aufgehoben, dann werden auch die organisierten ungelernten Arbeiter in der weiteren Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage den gelernten Arbeitern nicht nachstehen. B.

Die Streikhilfe der Ziegeleibesitzer und der § 152 der Gewerbeordnung.

Vor etwa einem Jahrzehnt begannen die Bestrebungen der Unternehmer des Baugewerbes, sich für die Durchführung ihrer Lohnkämpfe mit den Bauarbeitern die Hilfe der Bauarbeiterlieferanten zu sichern. Erfahrung und Überlegung sagten ihnen, daß die Sperrerei der Baumaterialien bei einem Streik bzw. bei einer Aussperrung ein sehr geeignetes Mittel sein würde, abtrünnige Unternehmer zurückzuholen. Eine solche Sperrerei ließ sich jedoch nicht wirksam durchführen ohne sorgfältige Vorbereitung und ohne handende Vereinbarungen und Verpflichtungen. Solche Vereinbarungen wiederum konnten nicht getroffen werden zwischen und mit Einzelunternehmern, sondern nur von und zwischen Unternehmervereinigungen.

Schon im Jahre 1907 versuchten mehrere Zweigvereine des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, mit den Ziegeleien ihres Bezirks bzw. mit den Preisvereinigungen solcher Ziegeleien Vereinbarungen über Lieferungen wie über das Verhalten bei Streiks zu treffen. Der Erfolg war zunächst gering. Die Ziegeleibesitzer zeigten wenig Lust, auf die gemachten Vorschläge einzugehen, die allerdings auch sehr einseitig auf die Interessen des Baugewerbes zugeschnitten waren. Auch die Zementindustrie, an die ebenfalls herangetreten wurde, verhielt sich zunächst ablehnend. Auch als im Jahre 1908 die nordwestdeutsche Gruppe des Bauarbeiterverbandes, die damals in 32 Lokalvereinen rund 1000 Bauunternehmer als Mitglieder zählte, an mehrere Zementindustrie und Ziegelverkaufsvereinigungen mit ausgearbeiten Vorschlägen herantrat, erntete sie noch mehr Ablehnung als Erfolg.

Die Haltung der Ziegeleibesitzer änderte sich jedoch, je mehr die Bauunternehmer drängten und je weiter diese bei ihren Vorschlägen Entgegenkommen zeigten. Im Jahre 1909 wurden schon mehrfach bindende Vereinbarungen abgeschlossen. Diese bezogen sich nicht nur auf die gegenseitige Unterstützung bei Lohnkämpfen, sondern hatten auch die Förderung der beiderseitigen Organisationen in friedlichen Zeiten zum Zweck. Diese sollte dadurch erreicht werden, daß die Bauunternehmer sich verpflichteten, ihre Ziegel nur von organisierten Ziegeleibesitzern bzw. nur von der Verkaufsvereinigung der Ziegeleien zu beziehen, während die Ziegeleibesitzer oder ihre Vereinigung an unorganisierte Bauunternehmer gar nicht oder doch nur zu erheblich höheren Preisen liefern durften. In dem Vertrag, den die Ziegeleibesitzer von Regensburg u. U. mit dem Arbeitgeberverband des Baugewerbes 1909 geschlossen hatten, heißt es z. B., daß gut gebrannte Ziegel im Reichsformat für organisierte Bauunternehmer 24,50 Pf. für unorganisierte dagegen 28 Pf. pro Tausend frei Baustelle kosten sollten. Für Ziegel in bayerischem Format sollte der Preis 26 Pf. für organisierte und 30 Pf. für unorganisierte Bauunternehmer betragen. Nach Abschluß eines allgemeinen Streiks oder einer Aussperrung durfte an unorganisierte Bauunternehmer überhaupt nicht geliefert werden. Ähnliche Vereinbarungen wurden im Jahre 1909 in mehreren Teilen Deutschlands abgeschlossen. Die Ziegeleibesitzer erhielten bei diesem Entgegenkommen allerdings nur die Steine. Sie tauschten gegen das Ziegelstück niedriger Preise und bedingungsloser Unterstützung bei Streiks nur die Vorzugsstellung ihrer Organisation beim Ziegelbezug ein.

Die Erkenntnis, daß die Ziegeleibesitzer bei Vereinbarungen auf der oben gezeichneten Grundlage eine wenig berechtigte Rolle spielen, veranlaßte die Verkaufsgeellschaft nordwestdeutscher Ziegeleien und Ziegelsteinfabriken zu einem Vertrag, einer anderen Vertragsbasis zu finden. Unter geschickter Ausnutzung des Kampfes im Hamburger Baugewerbe, der ein Jahr vor dem allgemeinen Tarifkampf stattfand, wandte diese Verkaufsvereinigung sich in einem Geheimzirkular an die Bauunternehmer Norddeutschlands. Darin erklärte sie sich bereit, für je 1000 von der Verkaufsvereinigung bezogene Ziegelsteine 50 Pf. in die Streikkasse der Bauunternehmer zu zahlen. Es wurde dabei ausgerechnet, daß der Vorschlag dem Kriegsfonds der Bauunternehmer jährlich 400 000 Pf. bis zum Tarifjubiläum also 2 Mill. Mark, jährlich würde. Außerdem sollten die Bauunternehmer pro 1000 Steine 75 Pf. als Rabatt erhalten. Diese sollten sich dafür verpflichten, nur von der Verkaufsvereinigung zu beziehen. Eine Verpflichtung, an unorganisierte Bauunternehmer gar nicht oder zu anderen Preisen zu liefern, wollte die Verkaufsvereinigung der Ziegeleien nicht eingehen.

Um Vertrag auf dieser Grundlage wäre für die Ziegeleibesitzer bzw. für deren Vereinigungen natürlich wesentlich günstiger gewesen als ein solcher nach dem Regensburger Vorsatz. Leider ist uns nicht bekannt, ob er auf dieser oder einer ähnlichen Grundlage zustande gekommen ist. Die Unternehmer schwiegen sich über denselben

Geschäfte ja zumeist in allen Sprachen aus. Möglich ist es jedoch schon, daß die Hamburger Bauunternehmer die angebotene Auffüllung ihres Kriegsfondes mit einigen Millionen annahmen; zumal die Ziegelverkaufsvereinigung in ihrem Circular mehr überhebend als überlegend erklärte: „Spield end werden Sie auf diesem Wege (d. h. durch den Vertrag auf der angebotenen Grundlage) das große Ziel erreichen und sich von dem Terrorismus der Arbeitnehmer bauend befreien.“ Als jedoch ein Jahr später, während der allgemeinen Aussperrung im Baugewerbe, die Hamburger Bauunternehmer, obwohl sie sonst gar nicht ausgesperrt hatten, die Ziegeleibesitzer verpflichteten, an unorganisierte Bauunternehmer Ziegel nicht zu liefern, erhielten sie eine glatte Abjage.

Der soeben erwähnte Kampf im Baugewerbe brachte die Bestrebungen der Bauunternehmer, die Materialsperrerei gegen Aufzettler anzuwenden, erneut in Fluß. Es fand dabei die nachhaltigste Unterstützung des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände, dem der Bauarbeiterverband als Mitglied angehörte. Diese Zentrale der Unternehmerverbände forderte alle Ortsverbände auf, mit allen Kräften auf die lokalen Baumaterialien händler einzutreten, damit diese denjenigen Unternehmern, die sich an der Aussperrung nicht beteiligen wollten, die Lieferungen sperren. In einem Kundschreiben, das den Palau und Ziegellieferanten zugesetzt wurde, hieß es:

„Es handelt sich nun darum, die Aussperrung, die natürlich im Interesse des gesamten Unternehmertums mit einem Sieg der Arbeitgeber enden muß, möglichst abzukürzen. Der geeignete Weg hierzu ist, daß seitens der Baumateriallieferanten während der Aussperrungszeit kein Material geliefert wird.“

Den Ziegeleien bzw. deren Verbänden wurde vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe als Gegeneistung für die Materialsperrerei folgender Verpflichtungsschein beantgegeben:

„Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes für das Bauarbeiter zu . . . verpflichten sich, von den Lieferanten von Baumaterialien, die während der Dauer der jetzigen Stilllegung der Bauten ohne Genehmigung des . . . Materialien liefern, nach Aufhebung der Sperrerei auf die Dauer von drei Jahren wieder direkt noch indirekt Materialien zu beziehen, noch führen ausführen zu lassen.“

Die Ziegeleibesitzer waren von dem Verlangen der Bauunternehmer nicht überall erbaut. In vielen Orten sahen sie die Niederlage der Unternehmer voraus. Aus einer Umfrage, die die „Vom Industrie-Zeitung“ damals veranstaltete, ging das klar hervor. So schrieb ein Nürnberger Unternehmer, nachdem er auf den Abfall der Hamburger und Berliner Unternehmer hingewiesen hatte: „So ist ein endlicher Sieg nicht zu denken; die schäßliche Folge dürfte eine schäßliche Niederlage der Bauarbeiter geben und somit allen deutschen Arbeitgeber sein.“ Ein Ziegeleibesitzer aus Rheinland-Westfalen schrieb: „Von der Aussperrung verspreche ich mir hier keinen Erfolg. . . .“ Und ein anderer aus Habenberg flagte: „Leider müssen die Vereinsziegeleien befürchten, daß dieser Kampf . . . nicht zugunsten der Arbeitgeber verlaufen wird.“ Diese Auffassung vom Stand und Ausgang des Kampfes beeinflußte natürlich auch die Haltung der Unternehmer zu der Forderung auf Einstellung der Lieferungen. Sie weigerten sich zwar nicht direkt, aber sie suchten nach Ausreden und Umwegen. Der Verein der Ziegeleibesitzer von Mainz u. U. erklärte sogar direkt, daß er die Lieferung in der Stadt „möglich“, die nach Wachsen der Umgebung jedoch nicht einzstellen würde. Für Stettin wurde die Sperrerei als undurchführbar bezeichnet. Der Richter aus Wullen erklärte, es sei für die Ziegelieferranten „nicht ratsam, in dem Streik Partei zu ergreifen“, zumal dadurch nur denjenigen Ziegeleibesitzern, die im Trüben fischen, Vorteile gezeigt würden. Die Materialverweigerung hielt der Verlegerfänger für rechtlich unzulässig, weil die meisten Ziegeleibesitzer Lieferungsverträge hätten. Interessant war in dieser Antwort ein in die mildeste Form gefleideter Vorwurf gegen die Unternehmer des Baugewerbes. Es hieß nämlich darin: „Vom sozialen Standpunkt aus betrachtet, ist jede Gewaltmaßregel gegen die Arbeiter — und eine solche ist diese Aussperrung — tief bedauerlich.“ Und daran anknüpfend: „Trotzlich erkennt es auch, ob wir es verantworten können, zugunsten anderer Arbeitgeber unsre eigenen Arbeiter brotlos zu machen.“

Diese und andre Antworten der Ziegeleibesitzervereinigungen veröffentlichte der Leiter der Hannoverschen Ziegelverkaufsvereinigung zu einem geharnischten Mach- und Warnutzen an seine Kollegen, die auf dem Standpunkt standen: „Was dich nicht brennt, das klappe nicht!“ Warnend rief er ihnen zu: „Wenn heute die Unternehmer im Baugewerbe niedergeworfen werden, so wird man mit um so größerer Kampfesfreudigkeit morgen über die Ziegeleibesitzer herfallen.“ Auch der Leiter der Dresdner Vereinigung gab „ganz entschieden“ der Meinung Ausdruck, daß die Ziegeleibesitzer mit den Bauunternehmern „Hand in Hand gehen und es als Ehrenpflicht ansehen müssen, den Leuten, die organisierte Arbeiter beschäftigen, nichts zu liefern“. Genügt haben solche Ermahnungen allerdings nicht viel, und gefolgen haben sie den Bauunternehmern gar nicht. Der gewaltige Kampf endete mit einem schönen Sieg der Bauarbeiter.

Aus der Industrie

Erweiterung der Teerfarben-Interessengemeinschaft.

Große Massen ziehen kleine an. Das zeigt sich auch bei der Interessengemeinschaft in der Farbenindustrie. Den beiden alten Konzernen gehören immer nur sechs Werke an. Seit dem Zusammenschluß der beiden sind schon drei weitere Werke hinzugekommen. Neuerdings schließen Verhandlungen der Farbwerke Bayer u. Co. mit der Aktiengesellschaft Wilh. F. Dohm u. So. in Barmen. Diese Gesellschaft stellt hauptsächlich Urtinktöl, auch Farben, anorganische Säuren und Naphtylamin her. Ihr Aktienkapital beträgt 1 Million Mark. Auch die chemische Fabrik von Jäger in Düsseldorf, eine G.m.b.H. mit 800000 M. Aktienkapital, möchte der Interessengemeinschaft angegliedert werden. Sie stellt hauptsächlich sektörlische und Lackfarben her. Endlich schließen seit einiger Zeit Verhandlungen, die den Übergang der Chemikalienwerke, G.m.b.H., in Griesheim an die Chemischen Fabrik Griesheim-Elektro in Frankfurt a. M. zum Gegenstand haben. Die Anlagen dieses Werkes sind vollständig von der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektro umschlossen, so daß keine Möglichkeit für eine künftige Ausdehnung der Anlagen im Zusammenhang mit den seitherigen vorhanden ist. Führen die Verhandlungen zu einem Resultat, woran kaum zu zweifeln ist, so ist die Industrie der Teerfarben so gut wie lädenlos in den neuen Interessengemeinschaft zusammengeschlossen. Es gibt dann keinen Unternehmer mehr, der auf dem inneren Markt Konkurrenz machen könnte. Der Trust herrscht unumstritten auf dem Markt.

Für die Arbeiter liegt in diesem Zusammenschluß der Industrie eine erhebliche Gefahr insowein, als sie dadurch in ihrem Streben nach besseren Arbeitsbedingungen gehemmt werden können. Bisher war es immerhin noch möglich, in dem einen oder anderen Betriebe gesonderte Forderungen einzufordern und durchzusetzen, wenngleich die großen Unternehmungen es möglich verhinderten, ihre Zugeständnisse der Organisation direkt zu machen. In der Zukunft wird die Arbeiterschaft, wenn sie Erfolge erzielen will, ebenso einmütig und geschlossen vorgehen müssen wie die Unternehmer. Sehr richtig schreibt uns Kollege Dreher (Radolfzell) zu dem Zusammenschluß in der Farbenindustrie:

Diese Organisation und Konzentration des Kapitals treibt mit Gewalt zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß aller Arbeiter. Was früher eine Frage der Zuwiderhaltung war, wird jetzt zu einem Gebote der Not. Ohne Gewerkschaften können die Arbeiter dem modernen Großkapital gegenüber überhaupt nicht mehr bestehen. Aber mag die Gewerkschaft noch so stark erscheinen, so wird sie doch schnell von der steigenden Macht des Kapitals überflügelt, wenn sie sich nicht vorwärtsentwickelt. Das Grundgebet der modernen Gewerkschaftsbewegung ist nicht die Sicherung des Bestandes, die selbstverständlich notwendig ist, es ist vor allem die Mehrung des Bestandes. Zum mehr

Das konfidierte Kapital verfügt, wie wir nun sehen können, über ganze Industrieketten; nicht minder müssen wir es dazu bringen, alle Arbeiter, ohne Unterschied der politischen oder religiösen Überzeugung, bis auf den letzten Mann in der Organisation unseres Verbandes zusammenzuholen. In dem Zusammensetzen der gesamten Arbeiterklasse liegt die einzige Gewähr der künftigen Siege der Gewerkschaften!

Der Zusammenschluß der Bunt- und Mineralfarben-Industrie.

Sir haben schon berichtet, daß dem Zusammenschluß in der Teerfarbenindustrie ein anderer in der Bunt- und Mineralfarbenindustrie folgt. In den Mittelstädten, die die neue Vereinigung an die Preise gibt, wird bestrebt, daß eine Erhöhung der Betriebsaufpreise nicht der Zweck des Zusammenschlusses sei. Vielmehr habe die Gründung vor allem den Zweck, "daß vor der Regierung beschlagmähsamen Chemikalien und Farbstoffe zu angemessenen Preisen frei zu erhalten, damit weitere Preiserhöhungen der Fertigfabrikate, die bei den steigenden Kostenanfällen der Rohstoffmaterialien nicht zu ungenießen wären, vermieden bleiben". Es liegt also ein Anlaß zur Beunruhigung über die Gründung in Freuden der Beträger nicht vor.

Diese Besicherungen sind allerdings billiger als Promesse. Sie werden wiederum eigentlich bedeutet durch die weitere Rüstung, daß die Vereinigung den Friede habe, "nicht nur die Konkurrenz unter den der Zentralstelle angeschlossenen Firmen zu besiegen, sondern auch den Konkurrenz des Auslands gewifst begegnen zu können, wobei die Feste ihre Selbständigkeit und den gegenwärtigen Standpunkt einzuhalten". Die angekündigte Rüstung der angeschlossenen Firmen wäre ja nützlich, wenn man nicht die zugeschuldete Bildung eines dieser Konkurrenz aufzeigen, also - die Rüstung für die Erhöhung der Industriepreise jähren will.

Die Rüstung ist und über die Abgaben und Ausgaben der Vereinigung wird gejubelt:

Die Rüstung ist, als der Anlaß soll den einzelnen Betrieben neue Möglichkeiten eröffnen, gefügert und ausgebaut werden. Die Bezeichnung der Rohstoffketten soll erleichtert und vervollständigt werden, das Vertragsbedingungen genau festgelegt werden, daß der Wettbewerb des Auslands verhindert und wechselseitiges Unterbieben ausgeschlossen ist. Dieser soll durch besondere Maßnahmen den führenden Betriebmärschen in der Farbenindustrie im Innern und Auslande weiter begegnen werden. Durch Anfang an andre Betriebe der Brüder sollte die Sicherung der Gewerkschaftsinteressen tatsächlich bei allen einschlägigen Verhandlungen mit den Behörden und Gewerkschaftsmännern zusammenhängend gestaltet werden. Die Verträge der deutschen Werk sollen so wesentlich geprägt werden, daß den Vertragspartnern in Sicherheit und Preis

Vorteile geboten werden, wie dies sonst von keiner anderen Seite möglich ist. Durch den Zusammenschluß soll die ausländische Konkurrenz fest für die Zeit nach dem Kriege bearbeitet und der Zugang von Stahl u. Material aller Art aus dem neutralen und feindlichen Auslande sichergestellt werden. Es sollen ferner schon jetzt Maßnahmen getroffen werden, um der nach Friedensschluß zu erwartenden ausländischen Konkurrenz zu begegnen. Diese Maßnahmen sollen jedoch den fabrikatorischen Weltmarkt unter den heimischen Werken nicht einschränken oder deren Selbständigkeit wesentlich beschränken, sondern den Fabriken durch Ersparnis an Geld und Arbeit neue Wege des Fortwährens eröffnen.

Das ist ein sehr wortreiches Programm, hinter dem sich natürlich allerlei verborgen kann. Lieber die Form der Vereinigung wird mitgeteilt, daß sie als G.m.b.H. gegründet ist. Ein etwaiger Überschuß soll bis zu 4 Prozent der Einlage als Dividende ausgezahlt, der übersteuernde Betrag einem Maschinenfonds überwiesen werden. Diese Verteilung läßt folgern, daß der Zusammenschluß den Verlauf der Erzeugnisse centralisieren will. Der Zentralstelle ist zunächst der Verband Deutscher Farbenfabrikanten beigegeben.

Der Zentralstelle gehörten vor als Gesellschafter an die Firmen: Altberger, Schäppi u. Co., Eisenach, U. Beringer, Charlottenburg, Gademann u. Co., Sonnenburg a. M., G. & G. Sabatini's Sohne, Bederhagen, Farbwerke Frieder, u. Karl Hefel, A.G., Merckau, Gebr. Heyl u. Co., M. G., Charlottenburg, Farbwerke W. U. Hoppelt, Köln-Gremfeld, Dr. Wilhelm König, Ohdruf, Bruno Lampel, Köln-Gremfeld, Pabst u. Lambrecht, Farbwerke Franz Basquin W. G., Mülheim, Wilhelm Gattler, Schmitz u. C. Siegel u. Co., G. m. b. H., Stuttgart, Gebr. Bösen, G. m. b. H. Nach.

Nach den bislängigen Mitteilungen umfaßt die Vereinigung einen sehr hohen Bruchteil aller in Frage kommenden Unternehmungen. Sie wird also die Interessen der Unternehmer überall zu Gehör bringen und mit den Unternehmervereinigungen eigenen Entscheidlichkeit vertreten können. Die Arbeiter dieser Industrie sind leider noch nicht so weit wie ihre Unternehmer. Sie haben die Kriegszeit nicht zum Ausbau ihrer Interessenvertretung benutzt und werden infolgedessen nach dem Friedensschluß weniger gerüstet sein. Noch können sie vieles nachholen, wenn sie ungefähr das Beispiel ihrer Unternehmer nachahmen und sich im Verbund der Farbwerker Deutschlands eine Vertretung schaffen, die ihren Beachtung ihrer Forderungen und Wünsche nach dem Kriege sichern kann.

Deutsche Farben im Unterseeboot nach Amerika.

In Bombay wurden vor einigen Monaten verschiedene Anilinfarben von dem deutschen Kämpfer „Gutenfels“, der durch das Präsengericht in Madagaskar als Käse erklärt worden war, versteigert. Der Erlös aus diesem Verkauf war außerordentlich groß. Es wurden ungefähr 30 000 lbs. Farbstoffe verlost, in einigen Fällen trugen die erzielten Preise das 25fache der früheren Notierungen. Für rote Farben stiegen die Angebote sogar um das 37fache. Die Verstärkung der deutschen Farben steigt also mit der Dauer des Krieges.

Ist nun, wie wirs Leute aus der Presse schon wissen, ein deutsches Untersee-Handelschiff mit Teerfarben in Amerika eingetroffen. Es soll für viele Millionen Mark der kostbaren Stoffe mitgeführt haben und wird andere für Deutschland wertvolle Güter als Rückerstattung nehmen. Die wirtschaftliche Bedeutung eines solchen Unterseeboots ist natürlich nicht allzu groß; immerhin wird die Tatsache, daß die Verbindung zwischen Deutschland und Amerika wiederhergestellt ist, auch manche Stoffliefermöglichkeiten bei uns mildern können. Die Freude aber, mit den Verträgen nach, die amerikanische Handelsmacht das Eintreffen der langjährigen deutschen Farben aufnahm, ist eine Gewähr dafür, daß Deutschlands Industrieresultate auch nach diesem Kriege im Auslande Absatz finden werden.

Vorsicht beim Kleidungsaufladen!

Reich. Ein grauslicher Unglücksfall ereignete sich am 10. Juli im Betriebe der Fettfabrik Rehmsdorf. Der im 16. Jahre stehende Hilfsarbeiter Planert aus Rehmsdorf war mit dem Auflegen des Kreisriemens beschäftigt, wurde dabei von der Transmission erfaßt und mehrere Male herumgewälzt, so daß der Tod nach einigen Minuten eintrat.

Ditges Abschied.

Der Verein deutscher Papierfabrikanten erließ, daß "noch einstündigen Besitzang des Vorstandes des Vereins deutscher Papierfabrikanten in seiner Sitzung vom 20. Juni in Eisenach die Übertragung der Geschäfte des Vereins auf Herrn Dr. von Stoyenkin bereit am 1. Juli stattfindet. Einen Tag später, am 21. Juni, beßloß der Arbeitgeberverbund deutscher Papier- und Zellstoff-Fabrikanten ebenfalls, die Geschäfte des Verbandes dem stellvertretenden Geschäftsführer des Zentral-Vorstandes deutscher Industrieller, Dr. von Stoyenkin, vom 1. Juli an zu übertragen. Damit hat die genausojohe Länge des bisherigen Generaldirektors Ditges ein junges und blühendes Ende gefunden. Wenn Herr Ditges von seinem Posten zurückgetreten ist, darüber herrscht zurzeit noch tiefer Schweigen. Der Papierarbeiterkongress kann es vielleicht auch gleichgültig sein, wann der bisherige Generalsekretär das Zepter seiner Tätigkeit gerichtet hat; es genügt es, wieder einen Unternehmenskämpfen schreiben zu sehen, der den Arbeiterschaften Stärke und Verachtung gebracht hat, ohne sein Ziel zu erreichen.

Stets ist Ditges ein verdienter Kämpfer der Gewerkschaften, der, seit die Zusage des Schiedsgerichts vorangetragen, die eigenen Gewerkschaftsmitglieder nicht förmte, die es wagten, mit ihren Arbeitern durch Abstossung von Kapitulationen in Frieden zu leben. Deshalb wollte es auch mit der Abstossung im Kriegsgefechtsverband für die Papier- und Zellstoff-Fabrikanten nicht mehr vorwärts gehen. Die ehemaligen Unternehmer waren wohl noch für den Verein deutscher Papierfabrikanten zu

und in keineswegs große Stücke geschnitten, die häufig voneinander fallen.

Groß und vielgestaltig ist die Zahl der Majenminenstaaten, vor denen die Frau jetzt nicht als Eltern einer schlafenden, von Menschenhänden ausgestopften Zuckerrübe, sondern als Eltern einer schlafenden Eisen- und Eisenkonstruktionen.

Und als Hilfsarbeiterin stellt man sie neben den gelernten Schuster, Kärrer und Dreher; hier muß sie dem einen in untergeordneten Nebenberufen an die Hand gehen, dort die schwere Eisen- und Stahlarbeiterin, denn sie ist der andre mit wuchtigem Hammer beschäftigt. Eine ältere Dreherin heißt man sie mit schwerstfähigem Material beladen, in die verschobenen ausgedehnten Berufe fahren, hier, alles muß sie tragen wie vorher der viel stärkere Mann an ihrer Stelle. Und ist das nicht falsch, öffentliche Profitindustrie, wenn dem Mann vorher ein dicker Posten 40 Pf. Stundenlohn gezahlt wurden, und ihr jetzt nur 28 Pf.?

Dann das unter guten Schülern sage, da mögliche auch er „unternehmen“.

Eigentlich die Frauen! Sie dulden und hatten,

fülkeln das Eiern und schreien die Karren!

würde es home in der „Slobe“ heißen.

Und das geht in der Slobé von morgens früh bis spät in die Abendämmer, mit einer knappen Stunde Mittag und je einer Viertelstunde Frühstück und Beispiesspaß, welche kann anstrengt, die Hunde überfüllt von Salz und Schmutz zu reinigen und hättig das Beispiesspätz zu bereiten. Riegend den ganzen langen Tag eine Gelegenheit, sich einen auszuputzen, auf sieß leicht zu kommen. Und nun und über dem alles ein ewig unerhörter Höllenlärm: die vielen Majeninen, jede mit einer besonderen Geschichte: die Schmiede an ihren Amboschen und in der Halle nebenan die blankbeschafften Schmieden mit den schwungvollen Schmieden. Das sind und darüber grüne und kleine Laut- und Gesänge. Wer da nach hinkommt kommt ist, der kann sich in diesem Höllenlärm an keiner Seelenreinigung und dem Ende empfehlen einen kleinen Abhängen berichten.

Sehr, die werden die meisten Frauen wieder gern hausein bleiben, wenn dieser miserable Krieg erst einmal ein Ende hat. Nicht allein, daß die Frau wieder normalen Zustand sie gehörig in ihrer natürlichen Zustellung zurückführen werden: der ganze weibliche Organismus würde auf die Dauer doch zu großen Schaden bei diesem Kriegseinfluß haben: durch die daraus entstehenden Zustände würden ja nach und nach Gesundheit, Ernährung und Gemütsleben vollständig

gewinnen, füchten aber ihre Hilfe gegen die übertriebenen Forderungen ihrer Arbeitgeber im Industrie-Schutzbund. Ditges kann als der Vater der „gelben Arbeitervereine“ in der Papierverarbeitungsinzustellung angesehen werden. Doch aller Propaganda für seine gelben Arbeitnehmer trogt allerwohlseitschlechtungen, mit denen die Gelben verhöhnt wurden, mußte er es mit erneben, wie der verhaftete Papierarbeiterverband von Jahr zu Jahr härter wurde und immer mehr Papierarbeiter in seinen Reihen vereinigte.

Während der Kriegszeit hat Ditges noch wider die Panzerabschüttungen der Unternehmer vertheidigt, ihre Interessen gegen die vorhenden Angriffe der Papierarbeiter vereinigt in Sachen genommen.

Nun hat er sich zurückgezogen in sein stilles Kämmerlein, ohne sein einst geführtes Lebenstest erreicht zu haben. Die Gewerkschaften aber, denen sein ehemaliger Kampf galt, blühen weiter trog des Krieges und feiner sozialen Folgen, sie werden noch weiter blühen zum Ruhm der Arbeiterschaft, wenn auch der letzte Schafsmacher das Feld seiner Tätigkeit schon längst geräumt hat.

Tagelöhne amerikanischer Papierarbeiter.

Die Löhne der amerikanischen Papierarbeiter standen schon immer hoch über dem Einkommen ihrer europäischen Berufskollegen. Mit Hilfe ihrer berufskundigsten gut ausgebildeten Berufsorganisationen ist unser Kollegen gelungen, Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen, die den europäischen, besonders auch den deutschen, weit vorwählen. Die „Papierzeitung“ Nr. 52 (1916) berichtet über den Abschluß eines Tarifvertrags, den die Arbeiter von 20 Zeitungspapierfabriken mit ihrer Unternehmer abgeschlossen haben, folgendermaßen:

„Die International Paper Company in New York, Besitzer von etwa 20 Zeitungspapierfabriken in den amerikanischen Staaten, hat mit ihren Arbeitern ein neues Nebeneinkommen getroffen, wonach die Fabrikarbeiter, die bisher 2 Dollar (8,40 M.) bekommen, in Zukunft 2 Dollar 20 Cent (9,24 M.) erhalten werden. Die Maschinennäher erhalten durch gleichfalls zehnprozentige Lohn erhöhung 4 Dollar 40 Cent (18,48 M.) den Tag, die Heizer 2 bis 3 Dollar (8,40 bis 12,60 M.) im Tag und Dampfmaschinenelefanten 3 bis 5 Dollar (12,60 bis 21 M.) im Tag.“

Die Tagelöhne dieser amerikanischen Papierarbeiter entsprechen beinahe den Wochenlöhnen ihrer deutschen Berufslegionen zur Friedenszeit. Selbst zur Kriegszeit werden bei uns noch Löhne gezahlt, die unter 21 M. pro Woche für einen erwachsenen Lollarbeiter stehen. Die deutschen Papierarbeiterkämpfen meinen vielfach, hohe Löhne seien eine Gefahr für den Betrieb und verhindern die Konkurrenzfähigkeit. Das dem nicht so ist, beweist die Lebensfähigkeit der blühenden amerikanischen Papierindustrie. Kenner amerikanischer Verhältnisse führen die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Papierfabrikation sogar mit auf die hohen Arbeiterlöhne zurück. Der Kaiserl. Geh. Regierungsrat Dr. Ing. Karl Hofmann, Herausgeber der „Papierzeitung“, war 1886 nach Amerika ausgewandert und dort als Leiter von Papierfabriken tätig. Seine praktische Tätigkeit im Auslande und seine erworbenen Kenntnisse der ausländischen Industrieverhältnisse haben ihn zum hervorragendsten Berater vieler Unternehmervereinigungen der deutschen Papierindustrie gemacht. In einem Aufsatz zu Ehren seines 80. Geburtstages brachte die „Papierzeitung“, deren Herausgeber Hofmann ist, folgende Neuierung über die Wirkung der hohen Löhne auf die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Papierarbeiter:

„In den sieben Jahren dieser Tätigkeit (als Fabrikleiter), die ihm durch seine Sprachkenntnisse ermöglicht war, besuchte er viele Städte und war erstaunt, zu finden, daß sich die Papierfabrikation in Amerika ganz anders als in Europa entwickelt hatte. Die hohen Löhne hatten viele arbeitspendende Maschinen hervorgezogen, die bewirkten, daß auf das Kilo Papier trotz dreifach hoher Löhne nicht mehr Arbeitslohn entfiel als bei uns.“

Der beliebte Hinweis auf die intensivste Ausnutzung der amerikanischen Papierarbeiter, den die deutschen Unternehmer gern heranziehen zur Befriedigung der von ihnen gezahlten niederen Arbeitslöhne, ist heute nicht mehr Brauch. In Wirklichkeit steht die deutsche Papierfabrikation in der Leistungsfähigkeit und Schnelligkeit ihrer Maschinen hinter anderen Papierfabrikationen der Welt zurück. Beziehen doch die ausländischen Papierfabrikationen mit Vorliebe die Ergebnisse der deutschen Papiermaschinen an. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Papierfabrikation und damit auch die intensive Ausnutzung der Arbeitskräfte wird auch von der „Papierzeitung“ in dem obengenannten Geburtsstagsartikel ausdrücklich anerkannt, wenn sie schreibt:

„Die Schnelligkeit unserer Papiermaschinen gibt den amerikanischen nichts nach, übertrifft sie sogar in manchen Fällen. Die Stoffmühlen nach amerikanischem Vorbilde leisten gute Dienste. Die deutsche Papierindustrie steht in vielen Bereichen oben.“

Wenn trotz der erkannten hohen Leistungsfähigkeit der deutschen Papierarbeiter deren Löhne zu den rückständigsten Papierarbeiterlöhnen der Welt zählen, so ist nicht zuletzt die Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft mit schuld daran. Auf Kosten der Arbeiterlöhne konnten berücksichtigte Firmen vor dem Kriege hohe Differenzen beobachten, während andere gleichfalls auf Kosten der Arbeiter einen Konkurrenzkampf mit Schwuppreisen führten. Nach dem Kriege sollte das anders werden. Deshalb mögen die deutschen Papierarbeiter durch Anschluß an ihre Berufsorganisation dafür sorgen, daß sie nicht nur eine amerikanische Leistungsfähigkeit entwickeln, sondern auch amerikanische Löhne erreichen. St.

Unfälle in der Papierindustrie.

In der Papierfabrik in Weizensels wurde ein Arbeiter in einem Fabrikraum mit zerstörtem Kopf tot aufgefunden. Wahrscheinlich ist er mit der Schüre von einer Maschinennelle erfaßt und zu Boden geschleudert worden.

Auf dem Anschlagsgleis der Zellstoff-Fabrik Ober-Gelchen wurde der in den fünfziger Jahren stehende, in der Fabrik beschäftigte Arbeiter Robert Silz von einem Arbeitszug erfaßt und getötet.

untergraben. Die Frau ist ganz einfach nicht mehr imstande, wenn sie des Abends spät, körperlich und geistig ausgetragen, von der Fabrik heimkommt, in der Haushaltung noch nach dem Rechten zu sehen, den Kindern in Schularbeit, leiblicher und geistiger Hinsicht eine Stütze zu sein. Wenn wird es ohnehin schon jetzt schwer fallen, in städtischem Ernst und Nachdruck in der Erziehung den lange im Felde stehenden Vater zu erleben.

Und viele andre, Ledige, die auch jetzt an Männerplätzen die Fabrik füllen, werden nach dem Kriege die ihnen wenig zusagenden Stätten verlassen und gern in ihre früheren Erwerbswege zurückkehren, die der verheerende Krieg verschlossen hat. Die Starz- und Baderente werden sich wieder aufzufinden und weibliches Personal aller Branchen verlangen; Wäschereien, Plättlerien werden ihre Betriebe wieder öffnen können und andres mehr. So wird nächstes ins andre greifen und die Frau wieder an Platz stellen, die ihrem Geschlechte, ihrer Würde und Körperkräft viel besser entsprechen als das Pantieren mit schwierigem, rostigem Eisen und andern Metallen. Und wie in der Eisenindustrie, so wird es in allen andern Industrien gelten, wo nicht vielleicht schon vorher die Frauenerarbeit eingeführt war. Der Kapitalismus sorgt auch schon selbst mit seiner profitierigen, ungünstigen Entwicklung der Frauen dafür, daß sie keine ungünstigen Stätten bei der ersten passenden Gelegenheit gern wieder verlassen. Die Frauen haben dort wenig davon verspürt, was an hohen und höchsten Stellen mit so großem Pathos verkündet wurde: daß sie für alles, was sie geleistet, sich bei Vaterlandes tieffest Dank verdient hätten. Hier in den Fabriken sind und waren sie nichts andres als sehr willkürliche Ausbeutungsobjekte, viel billiger, fügsamer, weil urteilsunfähig als die Männer.

Genossenschaftsbewegung.

Die dritte Generalversammlung der „Volkssfürsorge“.

Bur Entgegnahme des Geschäftsrats über das zweite volle Betriebsjahr 1915 tagte am 22. Juni d. J. im Sitzungssaal der Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumverein unter Leitung des Vorständen des Aufsichtsrats der Gesellschaft, Reichstagsabgeordneten Gustav Bauer. Nach Feststellung der anwesenden Aktionäre erstaute das geschäftsführende Vorstandsmitglied v. Elm Bericht über das ganz durch den Krieg beeinträchtigte Geschäftsjahr. Aus dem Bericht geht hervor, daß die erst ein Jahr vor Ausbruch des Krieges errichtete Gesellschaft sowohl ihre Organisation als auch ihren Versicherungsbestand bis jetzt durch die harte Kriegszeit hindurchgebracht und ein verhältnismäßig günstiges Ergebnis zu verzeichnen hat. Nur abgeschlossen wurden im Jahre 1915 10.701 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 2.225.668 M. Der Versicherungsbestand betrug Ende 1915 105.108 Kapitalversicherungen (Tarif I bis IVa) mit einer Versicherungssumme von 22.699.419 M., 64.508 Sparversicherungen (Tarif V und VI) mit einer Versicherungssumme von 1.207.354 M. und 1701 Missionsversicherungen (Tarif Va) mit einer Versicherungssumme von 567.158 M., insgesamt 171.812 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 24.473.929 M. Die Prämienentnahme ergab 1.924.847,80 M., die Einnahme an Binden 148.934,08 M. Die Auszahlungen waren für 2.222 Sterbefälle 90.332,53 M. zu leisten. Der Sterblichkeitsgewinn betrug 79.162,93 M. Das Gesamtgeschäft ergab einen Überschuss von 143.815,79 M., ein Ergebnis, das in Rücksicht auf die durch den Krieg entstandenen Schwierigkeiten, insbesondere in Abbruch der kurzen Zeit des Bestehens der Gesellschaft, als gut bezeichnet werden darf. Dem Organisationsfonds brachte auch in diesem Jahre nichts entnommen zu werden. Den besonderen Verhältnissen Rechnung tragend, wurde eine Kapitalextraktreserve von 15.000 M. und eine Reserve für Kurzverluste in Höhe von 10.000 M. eingesetzt. Vom Inventaronto wurden 15 Prozent gleich 12.576,45 M. abgeschrieben.

v. Elm begründet folgenden vom Aufsichtsrat vorgelegten Antrag: Für das Geschäftsjahr 1916 tritt, unter der Voraussetzung, daß sämtliche Aktionäre zustimmen, eine Zulassung des Aktienkapitals nicht ein. Der dafür nach § 36 Absatz 2 Blsfer b des Gesellschaftsvertrages bereitzustellende Betrag von 40.000 M. ist — unbeschadet der nach dem Gesellschaftsvertrag vorgeschriebenen Dotierung — dem Kriegsreferenzfonds (§ 36 Absatz 2 Blsfer 3 des Gesellschaftsvertrages) zuzuführen. Die Aktionäre haben, wie schon im vorherigen Jahre, nach den vorliegenden schriftlichen Erklärungen sich bereit erklärt, auch in diesem Jahre zugunsten des Kriegsreferenzfonds auf die Auszahlung der ihnen zufließenden 40.000 M. zu verzichten, wodurch der für die hinterbliebenen im Kriege gefallenen berichteten Kriegsteilnehmer zur Verfügung stehende Kriegsreferenzfonds auf 99.341,45 M. anwächst. Der für den einzelnen entfallende Betrag wird durch die lange Dauer des Krieges wohl vermindert, aber immerhin noch eine wesentliche Erhöhung der zur Auszahlung gelangenden Versicherungssummen ermöglicht. Ohne Diskussion wird dem Antrag zugestimmt und hierauf bezüglich der Verwendung des Überschusses einstimmig beschlossen:

Von dem erzielten Überschuss im Betrage von 148.815,79 M. sind gemäß den Bestimmungen des § 36 des Gesellschaftsvertrages auszuweisen:

1. dem gesetzlichen Referenzfonds, 5 v. H. 7 440,79 M.
2. dem Organisationsfonds, 5 v. H. 7 440,79 "
3. dem Kriegsreferenzfonds, 5 v. H. = 7 440,79 M.

plus der soeben beschlossenen 40.000 — 47 440,79 "

4. dem Fonds für besondere Reserven, 5 v. H. 7 440,79 "
5. der Gewinnreserve der Versicherten, 5 v. H. der 1.793.505,60 M. betragenden Jahresprämien bei mit Gemeindeteiligung Versicherten = 89.675,28 M. minus 14.789,78 M. stark verdeckter, aber nicht zur Gutschrift gekommener Vermögensanteile 74.885,52 "

Der Rest von 4167,11 M. ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Als Beirat wird Herr Büttner aufs neue bestellt, und als Geschäftsführer zum Aufsichtsrat für den zum Minister eingezogenen Herrn Luttmann Herr Mag. Wendel einstimmig gewählt.

Die durch das Los ausgewählenden vier Aufsichtsratsmitglieder Bauer, Ebert, Gräfforf und Dr. August Müller werden wieder gewählt und war, da Anträge gemäß § 28 Absatz 3 des Gesellschaftsvertrages nicht eingelaufen waren, damit die Generalversammlung zu schließen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der Arbeiterverband im Jahre 1915.

Der Arbeiterverband zählte zu Beginn des Betriebsjahres einschließlich der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder 15.380 (13.391 männliche und 1.989 weibliche) Mitglieder. Die Mitgliederbewegung des Verbandes ist infolge der langen Kriegsdauer und durch die umfangreichen Einberufungen zum Heeresdienst natürlich auch weiter sehr ungünstig beeinflußt worden. Neben dem gestiegerten zeitweiligen Verzug am Mitgliedertum, der durch die im Laufe des Jahres erfolgten Einberufungen verursacht wurde, hatte der Verband einen Mitgliederverlust von 735 (491 männlichen und 244 weiblichen) Mitgliedern erlitten, oder 4,78 Prozent gegenüber 6,68 Prozent im Vorjahr. Am Schluß des Betriebsjahres hatte der Verband also noch einschließlich der im Heere befindenden, für welche die Mitgliedschaft ruht, 14.645 (12.900 männliche und 1.745 weibliche) Mitglieder.

Trotz der langen Kriegsdauer und der damit verbundenen Störung des Wirtschaftslebens ist im Verlauf des Betriebsjahrs die Zahl der Arbeitslosenfälle im Verbande nicht außerordentlich hoch gewesen. Die im Betriebsjahr stattgefundenen Lohnbewegungen fanden sämtlich ohne Arbeitszeitstellung bzw. Erledigung. In der Hauptfahne handelt es sich um Bulgen bei Heeresleistungen für die Verteilung über um Leistungszonen in allgemeine Haushalte von Tarifverträgen fanden im Betriebsjahr nicht statt. Die Zahl der am Jahresende in Geltung befindlichen Tarifverträge veränderte sich von 119 am Schluß des Vorjahrs auf 111 Verträge, die sich auf 337 Betriebe mit 8494 beschäftigten und 7116 organisierten Arbeitern erstrecken. Es stehen 48,5 Prozent aller Verbandsmitglieder mit Jahresabschluß unter Tarifvertrag.

Natürlicherweise übten die Kriegswirkungen auch nachteilige Wirkungen auf die Lohnverhältnisse des Verbandes aus. Die Steuernahme, die für das Jahr 1914 noch 413.890 M. betrug, ging mit Abzug des Betriebsjahres auf 255.340 M., also auf fast die Hälfte zurück. Allerdings verminderte sich auch die Reinausgabe entsprechend, was zwar von 463.906 M. auf 220.729 M. also um mehr als die Hälfte, so daß das Betriebsjahr noch mit einer Reinausgabe von 34.611 M. abschloß.

Zur Erwerbslosunterstützung wurden insgesamt 94.414 M. an Unterstützung für Kriegerfamilien 59.300 M., für sämtliche Unterstützungsarten die Summe von 161.946 M. verausgabt. Der Vermögensbestand des Verbandes hat sich von 188.054 M. vom Beginn des Betriebsjahres auf 217.666 M. mit Jahresabschluß erhöht.

Berichte aus den Zahlstellen.

Frankfurt a. M. Im Oktober des Vorjahres wurde in der chemischen Fabrik Griesheim-Elektron ein russisch-polnischer Arbeiter schwer misshandelt, der von seinen Mitarbeitern — etwa 500 aus den besetzten Teilen Russisch-Polens — beauftragt wurde, dem speziellen Bediensteten dieser Arbeiter die Wünsche seiner Mitarbeiter zu unterbreiten. Er wurde in das Spritzenhaus gelotst und dort, nachdem man das elektrische Licht ausgedreht hatte, unerbittlich geschlagen. Der Redaktion des „Proletariers“ ging damals ein ausführlicher Bericht über die Angelegenheit zu; dessen Bekanntmachung jedoch aus Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse, die der Krieg für die Presse geschaffen hat, unterblieb. Eine Bekanntmachung in der frankfurter „Spartakus“ bewirkte jedoch, daß sich auch die Staatsanwaltschaft mit der Angelegenheit beschäftigte. Zumächst sahen es allerdings, als ob sich die Maßnahmen der Behörden weniger gegen die Prügelhelden als gegen die Verantwortlichen der Rötz richteten würden. Die Ermittlungen führten jedoch dann zu einer Anklage gegen den Kraftwagenführer P. Kellner und den Feuerwehrmann

F. Eggenmeier wegen Misshandlung. Die Verhandlung fand am 5. Juli in Höchst am Schöffengericht statt und endete mit der Verurteilung des Angellagten. P. Kellner erhielt 2 Wochen, F. Eggenmeier eine Woche Gefängnis. Der Staatsanwalt beantragte 125 M. für 8. und 25 M. für C.; das Gericht hat also die Geldstrafe nicht als ausreichende Strafe betrachtet und auf Gefängnis erkannt. Vor der Urteilsverkündung fand noch eine ärztliche Besichtigung und weitere Beugenvernehmung in der Fabrik statt. Der Misshandelte will nämlich die Sache weiter verfolgen. Wir werden voraussichtlich später noch eingehend über die Angelegenheit berichten können.

Irgendwo, Leitungszulagen in der Chemiefabrik Urfizle.

In den Fabriken der Menschen Portland-Bement-Fabrik Hobbede-

Lüderdorf und Uerden, die durch den Krieg ebenfalls stark in Mitteleinsatz gezwungen wurden — der Umstand der zur Kriegszeit fast familiär Arbeitete — machte sich in diesen Fabriken wieder ein mäßiger Rückgang der Gehälter bemerkbar. Die Gemeinarbeiter, die kurz nach Ausbruch des Krieges in ihrer Wohnung abwanderten und meistens in der Volksbildungsbürokratie beschäftigt waren, wurden von den Fabrikangestellten individualisch oder sämtlich aufgehoben; an dem genannten Zeitpunkt ihre Arbeit wieder in den Fabriken aufzunehmen. Dieser Aufsöderung sind bislang nur eine begrenzte Anzahl Arbeiter, vornehmlich jüngere, die in den Fabrikhäusern wohnen und daher naturgemäß hoher von den Betrieb gebunden sind, nachgekommen, weil eben die Löhne in den Betrieben so ungemein niedrig bemessen sind, daß man es verachten kann, wenn die Arbeiter es ablehnen, ihren bisherigen Verdienst von 5 bis 8 M. und darüber mit den in der Fabrik üblichen Löhnen von 3 bis 4 M. pro Tag zu verkaufen. Und wenn befürchtet wurde, daß die Wohlfahrt als Gerechtigkeit gab, bleibt gerade in der Zeit, wo die Arbeiter so hart bedrängt sind, weil hinter den meisten anderen Firmen zurück. Es scheint, als ob die Betriebsleitung es einmal darauf ankommen lassen will, die Wirkung des Burgfriedens auszuproben. Anders ist ihr Verhalten nicht zu erklären. Die gewährten Leistungszulagen sind sehr gering und entsprechen nicht einmal annähernd der herrschenden Leistung. Dabei hat sie Spezialleistungen, die bekanntlich recht kostspielig sind. Die Firma sollte deshalb auch ihren Arbeitern die Mehrleistungen, die diesen durch den Krieg entstanden sind, nicht allein überlassen. Es ist den Arbeitern auch unter dem Burgfrieden möglich, ihrer Daboldsmann-Grenzen zu geben, was sie nach einem nochmaligen, gültigen Vertrag nicht versäumten werden zu tun.

Die Firma Höfels u. So., Cellulosefabrik in Pirna (420 Beschäftigte), bewilligte pro Stunde 7 Pf. Lohnzehrung.

Bei Otto Krauffmann in Niedersedlitz (230 Beschäftigte)

erfolgte Erhöhung der Leistungszulage von wöchentlich 1 M. bis 2 M. bis 3,25 M. und gab außerdem pro Schicht 10 Pf. Lohnausbezifferung.

Bei Krause u. Baumann (400 Beschäftigte) wurde Erhöhung der Leistungszulage von 1,25 M. bis 2,50 M. auf 2,50 M. bis 5 M. und teilweise Lohnzulagen von 1 und 2 Pf. pro Stunde erreicht.

Die Schmelztiegelfabrik von Wechold in Pirna (7 Beschäftigte), erhöhte die Leistungszulage von 1 M. auf 2 M. pro Woche.

Die Chemiefabrik von Rödigk u. Dr. Grull in Müglitz (7 Beschäftigte) bewilligte pro Stunde 7 Pf. Lohnzehrung.

Bei Otto Krauffmann in Niedersedlitz (230 Beschäftigte) erfolgte Erhöhung der Leistungszulage von wöchentlich 1 M. bis 2 M. bis 3 M. für alle Frauen und befreite Arbeiter erhielten, auf 1 M. bis 3 M.

für alle Arbeiter, die unter 18 M. und für alle Arbeiter, die unter 36 M. in einer Woche verdienten. Die Firma Krauffmann, die vor dem Kriege ihren Arbeitern so gern mehr

Wohlfahrt als Gerechtigkeit gab, bleibt gerade in der Zeit, wo die Arbeiter so hart bedrängt sind, weil hinter den meisten anderen Firmen zurück.

Es scheint, als ob die Betriebsleitung es einmal darauf ankommen lassen will, die Wirkung des Burgfriedens auszuproben. Anders ist ihr Verhalten nicht zu erklären. Die gewährten Leistungszulagen sind sehr gering und entsprechen nicht einmal annähernd der herrschenden Leistung. Dabei hat sie Spezialleistungen, die bekanntlich recht kostspielig sind. Die Firma sollte deshalb auch ihren Arbeitern die Mehrleistungen, die diesen durch den Krieg entstanden sind, nicht allein überlassen. Es ist den Arbeitern auch unter dem Burgfrieden möglich, ihrer Daboldsmann-Grenzen zu geben, was sie nach einem nochmaligen, gültigen Vertrag nicht versäumten werden zu tun.

Die Firma Höfels u. So., Cellulosefabrik in Pirna (420 Beschäftigte), bewilligte die Erhöhung der Leistungszulage von wöchentlich 1 M. bis 1,50 M. auf 2 M. bis 4 M. auf 2 M. pro Stunde für Arbeitnehmerinnen und 5 bis 10 Pf. pro Stunde für Arbeiter.

Die Gesamtsumme der bei diesen Beziehungen erreichten Lohnzehrung beträgt pro Woche 3305 M., oder im Durchschnitt 2,23 M. für den einzelnen Beteiligten.

Beherzigenswert für die Kollegen und Kolleginnen ist die Tatsache, daß ihnen diese Vorteile erst auf Anregung der Organisation zugesetzt wurden, woraus die Tatsache spricht, daß die Unternehmer selbst in dieser so schweren Zeit, die bedrängte Lage ihrer Arbeitnehmer vorwirkt — ob mit oder ohne Absicht, soll dahingestellt bleiben —, bestände nicht die Organisation als Schutzwalter der Arbeiter, die den Unternehmern doch von Zeit zu Zeit etwas Beachtung der Arbeiterinteressen abträgt.

Wir wollen dabei gern anerkennen, daß fast alle Lohnbewegungen von den Unternehmern als berechtigt angesehen wurden, und daß viele durch Entgegenkommen ihres Arbeiters gerecht zu werden suchten. Aber auch in einzelnen der Fälle erschien es schwierig, mit dem sie die Wünsche der Arbeiter aufnahmen, so suchten sie dennoch den Mittelpfad einer Einigung, damit ein ernstlicher Austritt der Differenzen unnötig wurde. Darin unterscheidet sich die Zeit von einst und jetzt. Es wäre zu wünschen, daß es so bliebe! Auch in der kommenden Zeit wird der wirtschaftliche Friede vorbehalt für alle Teile und auspringend für die Volkswirtschaft sein.

Bei der Bewertung der Forderungen der Arbeiterchaft darf nicht übersehen werden, daß die meisten Arbeiter heute allein zur Bezahlung der Nahrungsmittel ihren gesamten Lohn aufwenden müssen, so daß die übrigen Bedürfnisse an Gebrauchsgegenständen im Haushalt in der langen Kriegszeit immer zurückgestellt werden müssen. Dazu stellen sich noch die Sorgen um die künftige Existenz ein, die durch das gewaltige Einreißen der Frontenarbeit, die schon jetzt so abschreckend niedrig bezahlt wird, in Gefahr gebracht ist. In dieser Umgestaltung der Arbeitsmethoden haben die Unternehmer mit vielen Eifer die Kriegszeit zu ihrem Vorteil ausgenutzt. Sie haben außerdem ihre Verkaufsbedingungen verbessert und vor allem die Verkaufspreise ganz erheblich gestiegen, und deshalb müssen auf kommende sechs Jahre nach dem Kriege, die ihnen reichliche Gewinne verschaffen.

Welche Aussichten demgegenüber haben die Arbeiter, die ihre letzten Reserven aufgebraucht haben? Was bedeutet bei einer so gewaltigen und lange anhaltenden Leistung eine wöchentliche Lohnausbezifferung von 2 bis 3 M., wenn schon für eine Familie auch nur der drückende Lebensunterhalt, 10 bis 20 M. wöchentliche Mehrausgaben erfordert? Die wichtige Rolle der industriellen Arbeiterschaft war, trotz der unerwarteten Erfolge der Generalstreiks, noch zu keiner Zeit so groß, wie sie seit den 21. Kriegsmonaten geworden ist. Deshalb bilden die Erfolge in der Zeit auch keinen gewerkschaftlichen Siegespreis.

Zur Kriegszeit hat auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung viel von dem aufgeben müssen, was ihr einst Kraft und Stärke verlieh, was jetzt aber der herrschende Gesellschaft ein Rauprand geworden ist. Damit sie nach diesem Kriege ihre Aufgaben wieder wie früher erfüllen kann, ist Kraft, Einigkeit und gegenseitiges Vertrauen erforderlich. Diese zu fördern, ist unabdingt nötig, wollen wir den Aufgaben, die uns die Zukunft stellen wird, gerecht werden. Datum, Kollegen und Kolleginnen, verbreitet überall den Geist der Organisation!

Barthim. Von dieser Stelle berichten wir vor langer Zeit, daß die Barthimer Unternehmer es ablehnten, weitere Leistungszulagen ihren Arbeitern zu gewähren. Auch die mündlichen Verhandlungen zwischen Organisationsvertretern der Arbeitnehmer führten zu keinem Ziel.

Die Unternehmer befürchteten eine ablehnende Gattung, damit die bisher gewährten Leistungszulagen ausreichen, weil die Preise für Lebens- und Genussmittel in Barthim nicht so hoch rücken wie in Großstädten, und anderseits auch jeder Barthimer Arbeiter von Viehhaltung und kleinem Garten für und durch letzteres manches billiger hätte. Dagegen soll durchaus nicht bestritten werden, wenn wir Friedenszeiten haben. Wer in der jetzigen Zeit bestreitet, wir es, denn wir nur ehemalige Arbeiter in kleinen Städten befinden, weiß, wie die Bevölkerung von kleinen Gärten und Viehhaltung lebt.

Wir geben uns deshalb auch mit der Erhöhung der Unternehmer nicht zufrieden, sondern fordern, daß die Siedlergruppe Barthim eine Siedlung für Lebens- und Genussmittel in Barthim nicht so hoch rücken wie in Großstädten, und anderseits auch jeder Barthimer Arbeiter von Viehhaltung und kleinem Garten für und durch letzteres manches billiger hätte. Dagegen soll durchaus nicht bestritten werden, wenn wir Friedenszeiten haben. Wer in der jetzigen Zeit bestreitet, wir es, denn wir nur ehemalige Arbeiter in kleinen Städten befinden, weiß, wie die Bevölkerung von kleinen Gärten und Viehhaltung lebt.

Die Barthimer Unternehmer erhielten jedoch mit dem Antrag auf Leistungszulage für die Arbeitnehmerinnen und Männer eine weitere Leistungszulage in Höhe von durchschnittlich 2 M. pro Mann und Woche zu gewähren. Was man jetzt aufzeigen könnte, hätte man auch gleich gewußt können, und der Burgfriede wäre viel besser gewesen.

Rundschau.

Die Löhne nach Friedensschluß.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ schreibt sich schon jetzt den Kopf darüber, wie man am besten die jetzt infolge der Leistung und des Mangels an Arbeitsträgern sowie unter dem Druck der gewerkschaftlichen Forderungen etwas gezielten Löhne wieder herunterbringen kann. Das läßt mein, man müsse oft genug „mit Gewaltmaßen feststellen, zu welcher Höhe die Löhne unter den besonderen Verhältnissen der Kriegswirtschaft empfohlen werden“. Wie meinen, das Gewaltmaß kann nicht allzu groß sein. Vor allem dann nicht, wenn man gleichzeitig beachtet, wie unter besetzten Verhältnissen die Kreise für Lebensmittel und Bedarfssorten hochgeschossen sind. Und noch weniger, wenn man hört und sieht, wie sich die Gewaltmaßen gewisser Unternehmer in der Kriegszeit erhöht haben.

Die „Arbeitgeberzeitung“ hat aber anscheinend keinen Kummer über die unzureichende Ausweitung des Lohnes oder über die geradezu

Übersichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 2. Quartal 1916.

Gau	Satzstellen	Mitgliederzahl am Schluß des Quartals			Zu- oder Abnahme gegen das 1. Quartal 1916	Arbeitslose Mitglieder am Orte (unterstützte und nicht- unterstützte)			Von den Arbeitslosen bezogen Verbandsunterstützung (insgesamt im Quartal)																
									a) am Orte						b) auf der Reise										
		männl.	weibl.	zusammen		männl.	weibl.	zuf.	männliche Mitglieder		zähl. der Tage	Mari	weibliche Mitglieder		zähl. der Tage	Mari	männliche Mitglieder		zähl. der Tage	Mari	weibliche Mitglieder				
1	44	5 207	2 402	7 609	+ 546	47	247	294	40	655	921	184	4 501	2 916	14	30	39								
2	48	7 528	1 143	8 671	+ 149	57	25	82	49	674	976	23	562	338	9	26	30								
3	42	5 504	761	6 265	- 9	92	33	125	64	933	1 200	21	380	228	18	45	52								
4	40	4 398	401	4 799	- 35	36	17	53	31	288	359	17	243	134	7	14	14								
5	12	884	49	913	- 4	10	-	10	10	218	280	-	-	-	1	6	11								
6	29	2 284	970	3 204	- 5	54	50	104	51	703	954	45	1 044	499											
7	45	9 601	4 377	13 978	- 394	80	350	430	65	1 235	1 427	220	3 658	2 491	4	13	17								
8	36	2 953	783	3 736	- 57	75	64	139	53	908	1 128	54	1 176	839	1										
9	21	2 041	1 913	3 954	- 58	51	91	142	36	472	618	65	1 551	855	2	9	35								
10	17	2 492	2 346	4 838	- 8	24	59	83	22	298	444	58	1 381	1 039	3	10	11								
11	28	2 104	794	2 898	- 100	28	53	81	28	388	546	47	703	502	1	3	6								
12	18	2 168	198	2 366	- 157	2	12	14	2	26	50	12	254	158	2	4	4								
13	23	2 064	365	3 329	- 81	20	13	33	17	213	298	7	128	84	2	5	9								
14	26	1 478	392	1 870	- 55	31	47	78	18	200	223	19	134	31	12	32	47								
15	42	11 612	2 350	13 962	- 347	193	113	306	88	1 341	1 898	93	1 920	1 393	56	127	197								
Im Verband		472	63 148	19 244	82 392	- 1417	800	1 174	1 974	574	8 552	11 322	865	17 653	11 507	133	324	472							

Folgende Wahlstellen haben trotz Wahlkarte die statistische Berichtskarte nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht eingezahlt: Gau 1: Braunschweig, Burgdorf, Ebstorf, Einbeck, Hünxe, Minden, Osnabrück. Gau 2: Elsterwerda, Döbelnburg, Schmiedeberg. Gau 3: Potsdam. Gau 4: Treptow. Gau 5: Bad Muskau. Gau 6: Grischland i. Sch., Malmitz. Gau 8: Marzgrün, Neustadt a. d. Orla, Rodach, Wünschendorf. Gau 9: Kronach, Weissenburg i. Bayern. Gau 11: Gengenbach, Lahr, Mühlhausen i. Els., Pforzheim, Reutlingen, Rheinfelden, Schopfheim, Ulm, Wangen. Gau 13: Fulda, Höhr-Grenzenhausen, Kahl a. Main, Sandbach-Höfst. Gau 14: Eissen, Goch a. Rh. Gau 15: Oldenbürg.

unangständige Anhäufung von Vermögen, sondern nur über die gestiegenen Löhne der Arbeiter. Ganz besorgt führt sie dazu aus:

"Wenn die Arbeiterschaft sich daran auf versteift, die hohen Söhne beizubehalten, dann wird eine schnelle und kräftige Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens auf große Hindernisse stoßen. Wir werden immerhin nach dem Kriege noch mit einem besonders starken Wettbewerb des Auslandes zu rechnen haben, und nur bei günstigen Produktionsverhältnissen wird es möglich sein, diesen Kampf siegreich zu bestehen."

Das heißt, die Arbeiter müssen mit Lohnkürzungen vorliebnehmen, damit die Unternehmer nicht Gewinnkürzungen tragen müssen. Also ganz das alte Rezept! Wir meinen, die „Arbeitgeberzeitung“ sollte erst einmal abwarten, wie sich nach dem Kriege die Preise und die Produktionsverhältnisse gestalten und sich dann die Frage vorlegen, ob die Arbeitnehmer überhaupt von ihren Löhnen zurückgehen können, ohne die blieben. Wo es gegen die Sozialpolitik ging, stand er an der Spitze. Bekanntlich war er es auch, der seinerzeit die vom Reichsamt des Innern erbetenen 12 000 M. locker mache „zum Zwecke der Agitation für den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“, wie die Buchhausvorlage unseligen Angeklagten verschämt genannt wurde.

Die „Metallerbeiterzeitung“ bringt anlässlich des Todes Buechs einige Auszüge aus seinen Reden, die den Mann besser charakterisieren als eine lange Abhandlung. Wir geben sie deshalb hier wieder. Auf der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller am 13. Februar 1900 sagte er unter andern:

Wie sich manche Leute das Durchhalten denken, haben wirlich die „Durchhalten.“ . . . Von Ullerhöfster Stelle sei jüngst die Sozialbevölkerung als eine vorübergehende Schleimung bezeichnet worden. Ferner sei es ihm, dem Geschäftsführer, an diesen Ullerhöfsten Marten Kritik zu überlassen.

Die jüngste Zeit hat das Durchhalten erneut, haben vorzüglich die österreichischen Unternehmer draufgeholt gezeigt. Ein Blatt der Unternehmervereinigungen, das unter dem Titel „Der Arbeitgeber“ erscheint und der beruflichen „Arbeitgeberzeitung“ angeführt gleichwertig ist, hat kürzlich ein Flugblatt herausgegeben, in dem folgende bemerkenswerte Stelle vorkommt:

„Die Zeit der positiven Arbeit, in welcher der Arbeitgeber das Wohl des Volkes zu leisten haben wird, kommt noch. Dann erst, wenn nicht Zensurverbote drohen, nicht „weiche Pläten“ weiniger Entstehung als dem Geschäftsführer, an diesen überhöhten Worten Kritik zu üben. Er halte es auch nicht für nötig, er schließe sich vielmehr diesem Ausspruch an, freilich unter einer Vorauflösung. Er ersuche die Versammlung, ihm zu gestatten, diese Vorauflösung in einem aus seiner früheren landwirtschaftlichen Tätigkeit gegebenen Bilde darzustellen. Wenn durch lieberliche Wirtschaft oder durch ungünstige Witterungsverhältnisse ein Feld verunkrautet sei, dann könne dieser Zustand eine vorübergehende Erscheinung sein, wenn der Landwirt das Erforderliche anwendet um ihr

Gezähmtheit bringen, mag welche Sünden weniger Empfehlung als Ehrenarbeiten bringen, wird wieder mit der allbewährten Rücksichtslosigkeit und Entschiedenheit gelämpft werden können für die alten Fragen, die immer noch der Lösung hatten: für ein Gesetz zum Schutze der Arbeitwilligen und der Betriebsfüttert, für eine gerechte Verleidung der Stammelitten für ein

der Steuerlasten, für ein weises Maßhalten im Volksbegülden durch sozialpolitische Maßnahmen, für so viele andre und gegen so viele andre Dinge, die jeder im Erwerbsleben Stehende zur Genüge kennt, die wir aus guten Gründen jetzt nicht nennen dürfen . . . "

So denken und schreiben die Unternehmer in Österreich! Mehr Arbeitswilligenjagd und weniger Sozialpolitik — damit wollen sie dem Soße die gewaltigen Opfer dieses Krieges loswerden.

Es ist mir ein Glück, daß meine Unternehmer in Deutschland so ganz anders denken. —

Rechtes Siegeszeichen.

Am 17. Dezember 1910 sagte er auf einer Verbandsversammlung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände zu Berlin unter anderm: „Die Lage gefährdet sich doch unvermeidbar darum, daß sich die

Die Arbeitgeberorganisation legt, wenn es gelinge, die Belegschaft der Arbeitervertretungen zu lösen. So dringen soll das Statt seines Vorwurfs, den es jetzt in seiner Kritik 27 vom 2. Juli gemacht hat, auf es hin, in wenig geänderter Form in jener zweiten Kritik vom 2. Juli wiederholte. Wir halten diesen Vorwurf für richtig, weil, freimüden die Arbeitgeber und der nun daraus ergänzte Kritikpunkt den dem guten Willen der Arbeitnehmer völlig unabhängig sind. Ganz abgesehen davon ist der Zug des Erwähnungs für die zufolge der Wahlverhinderung der Unionsvertreter nicht gerade die benötigte Stelle, den Arbeitern gute Arbeitgeber für ihr Verhalten zu erkennen.

Die Arbeitgeberorganisation legt, wenn es gelinge, die Belegschaft der Arbeitervertretungen zu lösen, dann werden die benötigten Arbeitgeber fest zielstreitigsliegen müssen angesichts der großen Macht der Arbeiterverorganisationen, die in müsterhafter Ausbildung bis ins kleinste hinein und getragen von der großen Opferwilligkeit ihrer Mitglieder heute in der Tat eine gewaltige Macht erreicht haben. . . . Nach meiner Überzeugung hätte, wenn damals die beschlossene Aussperrung aller Metallarbeiter durchgeführt worden wäre, wenn die 460 000 Arbeiter im Deutschen Reich ausgesperrt worden wären, das große Vermögen der Gewerkschaften nicht lange gereicht, denn wäre eben der Sieg erzielt worden. . . . Die Kräfte der Organisation werden immer mehr gesammelt und gesäßt, daher glaube ich, ist mein Wort richtig, wenn ich sage, daß mit jeder Hinwendung des Entscheidungskampfes die Kräfte für die Fabrikarbeiter größer werden. Das Ziel aber,

Das ist der Krieg, der gegen uns geführt wird. Das Ziel aber, das bei diesem Kampfe zu erreichen ist, muß sein die Niederzwingung des Arbeitnehmers und Lebenshaltung seines Sohnes sowie die demokratische Freiheit, welche er jetzt als das eigene Säkret der sozialen Mutter auf Gebet und Rufen mit der Woge der Menschenheit selbst verhindert ist. Und zweitens, daß seine industrielle Delegationsgruppe ihren einzigen wirtschaftlichen Gegner in dem feindlichen Ausland schlagen muß. Daß es nicht das Unternehmen ist, dem Schaden

Leben Sie die Spaltung in der Industrie, schließen Sie sich jetzt und unverzüglich zusammen. (Beifall) Gewöhnen Sie sich an den Gedanken, daß Ihnen ein zurücktretender Kapitalist angehören wird, daß Sie, um ihn zu bestehen, gewaltige Opfer werden bringen müssen und daß das Ergebnis dieses Kampfes die Niederwerfung und Vernichtung der sozialdemokratischen und der ihnen ähnlichen Gewerkschaften sein wird. Erreichen Sie dieses Ziel, so werden Sie von den kommenden Gewerkschaften gepriesen werden als die Retter des Staates und der Gesellschaft, als die Retter der hohen Rasse, deren wir uns beseitigt haben.

Die Bezeichnung für das z. Z. Mai 1916 haben eingesandt:
Kolberg, Neumünster, Kiel, Greiffenberg i. Sch., Ohlendorf, Lehre, Böselingen, Alstedt, Worms, Eschershausen, Schäfer, Sebnitz, Düsseldorf, Annaberg i. S., Lüdenwalde, Kolmar, Wunsiedel, Penzig, Lüder, Weizensels, Rastenburg, Schönberg i. R., Elze, Neudamm, Marktredwitz, Gronau, Dommitzsch, Herzberg, Lorsch, Thale a. S., Gräfenhainichen, Weimar, Woldegk, Olsach, Utensbüttelkrog, Gressenischen, Strehlen, Lubitschen, Rosien, Wongrowitz, Muslau, Einbeck, Gutin, Metzgrün, Ebersdorf, Eisenberg i. d. Bf., Rauer, Züllichreuth, Herder, Mönchen-

Werkzeugmaschinen

Ergebnisse nachrichten

Statistik. — Blaue Karten.
Für den Monat Juli sind die blauen Karten bis zum 1. August einzufinden. Dieser Termin muss eingehalten werden weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtausfall für das Jahr zum 9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt übergeben werden.

Als Einstieg zur Selbstfindung der Arbeitslosen gilt der 29. Juli

Bei Angabe der Mitgliederzahl dürfen nur die wirklich vorhandenen Mitglieder gezählt werden, also nicht